

# MAcHtMUT

AKTUELLES AUS  
DUISBURG & BERLIN



Nr. 19 – August 2020

## MAHMUT ÖZDEMİR

IHR  
BUNDESTAGSABGEORDNETER



■ **Grußwort des Herausgebers**  
Seite 2

■ **Corona-Maßnahmenpaket der Bundesregierung**  
Seite 4

■ **Wir lassen die Kommunen in der Krise nicht allein**  
Seite 5

■ **Interview: Kommunalwahl in NRW – Für die SPD im Duisburger Norden**  
Seite 7

■ **Pressemitteilungen** Seite 11

■ **Özdemir On Tour** Seite 14

■ **Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern**  
Seite 17

■ **Namentliche Abstimmungen**  
Seite 18

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**  
Mahmut Özdemir MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 73819  
mahmut.oezdemir@bundestag.de  
www.oezdemir-fuer-duisburg.de



*Besichtigung des Landschaftspark Duisburg-Nord mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Thomas Oppermann MdB, dem Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion in Duisburg, Bruno Sagurna und der Bezirksbürgermeisterin für Meiderich/Beeck, Daniela Stürmann am 21. Juli 2020.*



Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen turbulente Wochen und Monate, in denen alle Bürgerinnen und Bürger die Folgen der Pandemie mehr oder weniger stark zu spüren bekommen haben. Um die negativen Auswirkungen für alle Betroffenen so gut wie möglich einzudämmen und die Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren, haben wir das größte Hilfsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik und ein rund 130 Milliarden Euro umfassendes Konjunkturprogramm beschlossen. Davon kommen allein 120 Milliarden Euro vom Bund, die restliche Summe übernehmen die Länder. Es ist ein Programm, für das die SPD-Bundestagsfraktion gekämpft hat und das eine stark sozialdemokratische Handschrift trägt. Und ein Programm, das passgenau, sozial gerecht und ökologisch zukunftstauglich ist. Besonders die Rolle von Olaf Scholz – Bundesfinanzminister, Vizekanzler und frisch gebackener SPD-Kanzlerkandidat – ist dabei positiv hervorzuheben. Ich freue mich sehr, dass unsere Partei sich dazu entschlossen hat, mit ihm als Kanzlerkandidaten den Bundestagswahlkampf zu bestreiten. Nun heißt es: „Mit WUMMS in den Wahlkampf!“, ich freu mich drauf!

Im Mittelpunkt des Konjunkturprogrammes stehen Unterstüt-

zung für Familien, eine Mehrwertsteuersenkung und die Entlastung der Kommunen. Auch die Stromkosten sollen sinken. Und für Branchen, die besonders von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen sind, wird es Überbrückungshilfen in Höhe von insgesamt von 25 Milliarden Euro geben. Wir sichern Arbeit und Ausbildung, beleben die Kaufkraft und stellen dort Hilfen bereit, wo sie in dieser Krise am nötigsten gebraucht werden. Mit dem Kinderbonus von 300 Euro und der befristeten Mehrwertsteuersenkung unterstützen wir gezielt Familien - vor allem diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen, sie geben in der Regel einen Großteil ihres Einkommens für den Lebensunterhalt aus. Gleichzeitig machen wir unser Land fit für die Zukunft, investieren in die Energie- und Mobilitätswende, in die Digitalisierung und in die soziale Infrastruktur. All das sichert Arbeitsplätze in der Industrie, und zwar langfristig. Diese und weitere Maßnahmen können auf Seite 4 sowie in den dort verlinkten Internetquellen nachgelesen werden.

Neben dem Konjunkturpaket hat das Kabinett einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem klimaneutralen Innovationsland beschlossen: Mit den in der Nationalen Wasserstoffstrategie enthaltenen Maßnahmen kann

die deutsche Industrie klimafreundlicher gestaltet werden und somit der Technologiestandort Deutschland – und besonders auch der Stahlstandort Duisburg – gestärkt werden. Konkret geht es hierbei um eine treibhausgasneutrale Erzeugung von Primärstahl durch den Einsatz von Wasserstoff als Ersatz für Steinkohlenkoks. Unsere Duisburger Stahlindustrie ist bei der CO<sub>2</sub>-Minimierung auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-neutralen Produktion schon einsame Weltspitze. Bevor wir unsere Industrie weiter mit Auflagen versehen, müssen wir ihr hier in Duisburg neue Chancen mit Forschungsförderung anbieten. Einerseits können und wollen wir nicht stehen bleiben in Sachen Klimaschutz, aber wir müssen auch laut fordern, dass Klimasünder-Stahlwerke von Nordeuropa bis nach China mehr Abgaben zahlen für ihre „Dreckschleudern“. Dieser und weitere Aspekte werden Thema sein beim zweiten Nationalen Stahlgipfel, der im Dezember 2020 in Duisburg stattfinden wird. Das Ziel einer umweltfreundlichen Produktion geht immer einher mit den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stehen immer solidarisch an ihrer Seite und setzen uns für die Vereinbarkeit von Arbeitnehmerrechten, Klimaschutz und Innovationen ein.



Nr. 19 – August 2020

# MEINE MAcHtMUT



Am 13. September 2020 finden die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen statt. An diesem Tag werden in Duisburg Rat- und Bezirksvertretungen sowie der Integrationsrat gewählt. Neben diesen Gremien wird erstmalig auch über Vertreterinnen und Vertreter für die RVR-Verbandsversammlung abgestimmt. Die SPD Duisburg hat hierfür eine vielfältige Liste aus erfahreneren und jüngeren Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die bezüglich Alter,

Berufsfeld, Herkunft und Geschichte eine bunte Palette abdecken. Eine gute und funktionierende Zusammenarbeit mit lokalen Amtsträgerinnen und –trägern spielt für meine Arbeit im Deutschen Bundestag eine wichtige Rolle. Ein ständiger Austausch über kommunale Projekte und Anliegen im Duisburger Norden und Nordwesten ist die Grundlage vieler erfolgreicher Maßnahmen und Förderungen, die durch den Bund finanziert werden und dank des

Einsatzes kommunaler SPD-Mandatsträgerinnen und –mandatsträger überhaupt auf die Tagesordnung kommen. Sie wissen, wo der Schuh drückt und machen sich für ihre Bezirke stark. Deswegen gilt: Eine Stadt. Ein Wort. Am 13. September SPD wählen!

Herzlichst

Mahmut Özdemir MdB



## Das Corona-Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie schnell Hilfsprogramme und Maßnahmenpakete im Umfang von 130 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Primäre Ziele sind dabei der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Vermeidung sozialer Notlagen sowie der Fortbestand von Unternehmen. Der tatkräftige Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-MinisterInnen Olaf Scholz (Finanzen), Franziska Giffey (Familien), Hubertus Heil (Arbeit & Soziales), Christine Lambrecht (Justiz & Verbraucherschutz) und Heiko Maas (Auswärtiges) zahlt sich aus. Im Folgenden habe ich eine kurze Übersicht der wichtigsten Maßnahmen für Sie zusammengestellt. Nähere Informationen zu den Maßnahmen gibt es [hier](#).

### ARBEIT

- **Erweitertes Kurzarbeitergeld** rettet Millionen Jobs
- **Kreditprogramme** und **staatliche Garantien** sichern die Liquidität von Unternehmen, beugen Insolvenzen vor und sichern so Arbeitsplätze
- **Längeres Arbeitslosengeld** hilft Menschen, wenn die Jobsuche wegen Corona länger dauert
- **Überbrückungshilfen** unterstützen Freiberufler sowie kleine und mittlere Betriebe mit **25 Milliarden Euro** dabei, Betriebsausgaben zu decken, bis die Umsätze wieder in Schwung kommen
- **Prämien für Lehrstellen** und Ausbildungsplätze in den Betrieben
- **Steuerliche Hilfen** entlasten Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
- **Steuerzuschuss** zur **Sozialversicherung** verhindert, dass steigende Abgaben in der Krise zur Belastung werden
- **Insolvenzschutz** rettet Unternehmen, die wegen Corona in finanzielle Schwierigkeiten kommen

### FAMILIEN

- **Kinderbonus** unterstützt Eltern mit **300 Euro** für jedes Kind
- Krisenfestes **Elterngeld** garantiert Eltern von kleinen Kindern Zeit und Geld auch in der Corona-Krise
- **2,5 Milliarden Euro** zusätzlich für **Kitas** und **Ganztagsbetreuung**
- **500 Millionen Euro** extra im **Digitalpakt Schule** zur Unterstützung der Kinder beim digitalen Lernen

### STÄDTE & GEMEINDEN

- **Kommunaler Solidarpakt** gleicht Ausfälle bei der Gewerbesteuer aus und gewährleistet Daseinsvorsorge
- Mehr Bundesmittel zur Finanzierung von Sozialausgaben stärken die Finanzkraft der Städte und Gemeinden dauerhaft um **3,4 Milliarden Euro** pro Jahr
- **Sanierung von Sportstätten** bringt Turnhallen, Schwimmbäder und Sportplätze mit **600 Millionen Euro** wieder auf Vordermann
- **1,5 Milliarden Euro** Bundesmitteln für den **Ausbau der Ganztagsbetreuung**
- **2,5 Milliarden Euro** Extra-Zuschuss für den Erhalt und Ausbau des **öffentlichen Personennahverkehrs**

### KUNST & KULTUR

- Bereits genannte **Überbrückungshilfen** unterstützen auch Kulturschaffende und Kultureinrichtungen bei Umsatzausfällen durch Zuschüsse zu den Betriebskosten
- **Zukunftspaket „Neustart Kultur“** hilft mit **1 Milliarde Euro** gezielt Kultureinrichtungen wie Theatern, Galerien, Kinos, Filmproduktionen, Veranstaltern und Verlagen
- **Gutscheine** bei abgesagten Veranstaltungen schützen Kultur- und Konzertveranstalter vor Insolvenz, indem bereits gezahlte Tickets nicht sofort erstattet werden müssen
- **Ausfallhonorare** für freiberufliche Künstlerinnen und Künstler können durch den Bund geförderte Kultureinrichtungen zahlen, wenn Engagements wegen Corona abgesagt werden mussten



## Wir lassen die Kommunen in der Krise nicht allein

Gastbeitrag von Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



Bernhard Daldrup (Foto: Elias Domsch)

Die Corona-Pandemie hat die Kreise, Städte und Gemeinden in Deutschland vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Innerhalb sehr kurzer Zeit mussten Maßnahmen zur Eindämmung von Infektionen umgesetzt, die Gesundheitsämter fit gemacht und örtliche Strukturen vor Zusammenbruch bewahrt werden. Die Kommunen sind diesen Aufgaben in bemerkenswerter Weise gerecht geworden und kämpfen weiter an vorderster Front gegen die Pandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt im Bund dafür, dass sie dabei gut gerüstet sind.

Die kommunalen Haushalte werden in der Corona-Krise in zweifacher Hinsicht herausgefordert: Einerseits durch einbre-

chende Einnahmen und andererseits durch wachsende Ausgaben.

Die schwächere Wirtschaftstätigkeit infolge der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung führt zu massiven

Steuerausfällen für die Kommunen – vor allem aus der Gewerbesteuer. Die aktuelle Steuerschätzung geht in diesem Jahr allein bei der Gewerbesteuer von Mindereinnahmen für die Städte und Gemeinden von rund 11,8 Milliarden Euro aus. Zugleich gibt es kaum kommunale Handlungsspielräume, um diese Einnahmeverluste auszugleichen.

Hinzu kommen höhere krisenbedingte Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich – etwa Folgekosten der steigenden Arbeitslosigkeit, aber auch höhere Kosten für andere kommunal finanzierte Sozialleistungen beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe oder bei wichtigen freiwilligen Leistungen. Die Corona-bedingten Mehrausgaben treffen besonders hart Kommunen in strukturschwachen Regionen und viele Großstädte, die bereits jetzt unter überdurchschnittlich hohen Sozialkosten

ächzen. So liegen etwa die Sozialausgaben im Ruhrgebiet um knapp 50 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

Vor diesem Hintergrund war es klar, dass wir die kommunale Finanzbasis schnell stabilisieren müssen. Zentraler Bestandteil des am 3. Juni 2020 beschlossenen Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets war deshalb eine massive Unterstützung der Kommunen. Das war nur durch den Einsatz der SPD möglich. Die Parteivorsitzenden, Finanzminister Olaf Scholz und die Bundestagsfraktion haben im Gleichklang und gegen Widerstand aus der Union einen beispiellosen Kommunalen Solidarpakt durchgesetzt, der aus zwei Elementen besteht: Zum einen erstattet der Bund den Kommunen für das Jahr 2020 die Hälfte der Gewerbesteuerausfälle in Höhe von 5,9 Milliarden Euro. Zur Übernahme der anderen Hälfte verpflichten wir die Länder. Zum anderen entlastet der Bund die Kommunen spürbar von den Sozialausgaben, indem er seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Langzeitarbeitslose dauerhaft erhöht. Bislang trägt der Bund knapp 50 Prozent der Kosten. Künftig beteiligt er sich



mit 75 Prozent. Entsprechend verringert sich der kommunale Anteil. Jedes Jahr stehen den kommunalen Haushalten damit 3,4 Milliarden Euro mehr für dringend benötigte Investitionen

in Schulen, Kitas, Straßen, Kultur- und Sporteinrichtungen zur Verfügung. Die Stadt Duisburg kann mit 42,7 Millionen mehr im Jahr rechnen.

Die finanzielle Unterstützung der Kommunen im Rahmen des Konjunkturprogramms ist mehr als nur Deckung krisenbedingter Kosten. Die Stärkung der Kommunen ist gleichzeitig Konjunkturförderung, denn Städte und Gemeinden tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen im Land. Durch die Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle sorgen wir kurzfristig dafür, dass in diesem Jahr kein kommunales Schwimmbad schließen muss und keine Schulsanierung aufgeschoben wird. Durch die Entlastung von den Sozialausgaben verbessern wir die kommunale Finanzlage strukturell und schaffen Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Die zusätzlichen finanziellen Spielräume werden besonders dort zu spüren sein, wo die Arbeitslosigkeit

hoch und die Einkommen niedrig sind. Dadurch leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Darüber hinaus profitieren die Kommunen von weiteren Maßnahmen des Konjunkturpakets: dem verstärkten Ausbau von Krippen, Kitas und Kindergärten (1 Mrd. Euro) sowie der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern (1,5 Mrd. Euro); der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (2,5 Mrd. Euro); der Förderung von Sportstätten; dem erleichterten Zugang zum KfW-Förderkredit für kommunale und soziale Unternehmen sowie dem Programm zur Erhaltung und Stärkung der Kulturlandinfrastruktur (1 Mrd. Euro).

Auch die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, die massiven Soforthilfen für Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständige sowie die KfW-Sonderkredite leisten einen Beitrag zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen und dem Erhalt lebendiger Innenstädte. In Duisburg erhielten bis Ende Juni 274 Unternehmen KfW-Kredite mit Gesamtvolumen von

ca.132 Millionen Euro. Insgesamt rund 100 Millionen Euro an Soforthilfen halfen 9.816 Duisburger Antragstellerinnen und Antragstellern, Notlagen zu überbrücken und Insolvenzen abzuwenden.

Wir bleiben an der Seite der Kommunen. Zwar waren CDU und CSU nicht bereit zur Schaffung eines Fonds zur Übernahme der Altschulden, wie dies Olaf Scholz mit einer eigenen Initiative auf den Weg gebracht hatte. Dennoch haben wir insgesamt ein umfangreiches Paket geschnürt. Das Thema Altschulden ist für uns aber noch nicht vom Tisch.

Noch immer bleibt die Landesregierung ihren Teil schuldig. Weder werden die zugesagten Kosten zur Aufnahme und Integration der Flüchtlingskosten so übernommen wie zugesagt noch werden die allgemeinen Zuweisungen für die Kommunen erhöht. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, dass die SPD im Bund regiert!



## Kommunalwahl in NRW – Für die SPD im Duisburger Norden

*Interview mit Daniela Stürmann und Martina Herrmann.*

*Kandidatinnen der SPD Duisburg für die Kommunalwahl am 13. September 2020.*



**Daniela Stürmann** ist derzeit Bezirksbürgermeisterin von Meiderich/Beeck und kandidiert für den Rat der Stadt Duisburg

### **Seit wann seid ihr in der SPD und wie seid ihr überhaupt in die Duisburger Kommunalpolitik gekommen?**

Daniela: Seit 2006 bin ich Mitglied der SPD und seit 2007 lebe ich in Duisburg-Meiderich und habe direkt nach meinem Umzug begonnen mich im Ortsverein zu engagieren. Bei der Vorbereitung der Kommunalwahl 2009 wurde ich dann gefragt, ob ich mir nicht vorstellen könne, mich auch in einem Mandat zu engagieren. Darauf hatte ich Lust und habe dies bejaht. Das ich dann direkt auch als Bezirksbürgermeisterin gestartet bin war dann ein wenig dem Zufall geschuldet. Mein Vorgänger hatte für sich entschieden nicht

mehr anzutreten und es wurde dann ein Nachfolger gesucht. Mir hat man das zugetraut und so wurde ich auch da gefragt, ob ich mir das ebenfalls zutraue. Nach reiflicher Überlegung und einigen überzeugenden Gesprächen war ich dann plötzlich die Spitzenkandidatin. Das war für mich eine große Ehre und ich habe immer versucht diesem Vertrauen in mich auch gerecht zu werden.

Martina: Im April 2008 bin ich in die Partei eingetreten, habe aber zuvor schon eng mit dem Ortsverein Röttgersbach zusammengearbeitet. Im Rahmen meiner Gemeindetätigkeit habe ich Aufgaben der Außenvertretung und Netzwerkarbeit übernommen und war und bin somit in meinem Stadtteil sehr präsent. Ich lebe und arbeite seit 30 Jahren in Röttgersbach. Beruflich lag und liegt mein Fokus auf der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Wenn man in diesem Feld unterwegs ist, kommt man an Politik nicht vorbei. Politische Entscheidungen haben immer direkt oder indirekt Einfluss auf die Lebenswelt und die Lebenssituation von Kindern und Familien. Dazu kam mein Wunsch, neue Erfahrungen zu



**Martina Herrmann** sitzt derzeit im Rat der Stadt Duisburg und kandidiert als Bezirksbürgermeisterin für Hamborn

machen, Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auszuloten, Verantwortung für meinen Stadtteil zu übernehmen und ihn mitzugestalten.

### **Daniela, Du bist derzeit Bezirksbürgermeisterin in Meiderich und kandidierst dort nun für den Rat der Stadt Duisburg. Wie kam es zu dieser Entscheidung?**

Wenn sich die neue Bezirksvertretung am 05. November konstituiert, war ich auf den Tag genau 11 Jahre Bezirksbürgermeisterin. Ich habe diese Aufgabe sehr gerne gemacht, aber nach zwei Legislaturperioden ist es Zeit für was Neues. Die Aufgabe als Bezirksbürgermeisterin ist sehr vielfältig, man ist sehr



viel unterwegs und Ansprechpartnerin für Anliegen aller Art. Das möchte ich auch weiterhin sein, allerdings kann ich mich im Rat nochmal anders für die Belange einsetzen.

***Martina, bei dir ist es genau umgekehrt: Du bist Ratsherrin für Röttgersbach und möchtest ab September Bezirksbürgermeisterin für Hamborn sein. Warum der „Wechsel“?***

Bevor ich für den Rat kandidierte, war ich fünf Jahre stellvertretende Fraktionssprecherin in der Hamborner Bezirksvertretung. Die Arbeit im Rat eröffnete mir weitere Möglichkeiten herauszufinden, wie Kommunalpolitik funktioniert. In der Bezirksvertretung ist es einfach, fraktionsübergreifend für Ideen und Anträge zu begeistern und gute Beschlüsse für den Bezirk auf den Weg zu bringen. Im Rat ist der Bezirk Hamborn ein Bezirk unter weiteren, Entscheidungen, die in der BV für wichtig und richtig gehalten werden, sind aus gesamtstädtischer Sicht nicht zwangsläufig so bedeutend und vor allem aber vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit nicht immer umsetzbar. Schon aus diesem Grunde waren die sechs Jahre Ratstätigkeit für mich sehr wertvoll. Nun möchte ich zurück zu den Wurzeln und mich wieder voll auf den Bezirk konzentrieren. Ich möchte wieder mehr für die Bürger\*innen ansprechbar sein,

wieder „näher dran“ sein, mich wieder mehr mit den Aufgaben und Herausforderungen in meinem Bezirk beschäftigen. Ich bin sicher, dass meine Erfahrungen in der Ratsarbeit und die gewonnenen Kontakte zu Verwaltung und Ratskolleg\*innen für die neue Aufgabe hilfreich sind.

***Als Kommunalpolitikerinnen setzt ihr euch beide stark für eure Bezirke ein. Was treibt euch dabei an, was sind eure Ziele und was ist euer Herzsthema?***

Martina: In erster Linie gilt es, gute Bedingungen zu schaffen, da zu sein, um zu hören. Wenn Bürger\*innen auf mich zukommen und einen Missstand beklagen, ist mein Ziel, gemeinsam mit ihnen nach Lösungen zu suchen. Das geht am effektivsten – so zeigt die Erfahrung – unter Einbeziehung der zuständigen Fachverwaltung. Es sind die kleinen Dinge, die Unmut hervorrufen. Da geht es um Parksituationen, nicht abgesenkte Bordsteine, ungepflegte Baumscheiben, Gehwege, die den Namen nicht verdienen. Solche Probleme sind oft rasch zu beseitigen. Straßenbau, Beleuchtung und Müll sind auch immer große Themen. Stadteilspaziergänge, um sich ein Bild zu machen und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, sind ja gut und schön, nur muss daraus auch etwas entstehen. Es genügt nicht, um Dinge zu wissen,

man muss auch Lösungsansätze erarbeiten und vorantreiben.

Meine großen Themen sind – beruflich wie politisch – Kinder, Jugend, Familien, Schule, also kurz Erziehung, Bildung und Integration. In diesen Feldern möchte ich auch weiterhin Akzente setzen.

Daniela: Mein Leitgedanke war und ist nach wie vor: Aufm Sofa sitzen und meckern ist einfach – das kann jeder. Wenn dich aber was stört, dann ändere es oder versuche es zumindest. Verlieren ist keine Schande, gar nicht erst anzufangen ist in jedem Fall eine Niederlage. In der Kommunalpolitik geht es immer darum, etwas für das lokale direkte Umfeld zu bewirken. Ganz konkret, für jeden sichtbar und erlebbar. Das kann die Sanierung einer bestimmten Straße sein oder auch der Bau einer neuen Kindertagesstätte. Alles was die Lebensqualität der Menschen direkt beeinflusst, liegt mir am Herzen und dafür werde ich mich auch weiterhin einsetzen.

***Habt ihr einen Lieblingssort im Wahlkreis?***

Martina: Ganz klar der Mattlerbusch. Als meine drei Kinder klein waren, war das mein Zufluchtsort: die Kinder spielten und ich hatte Gelegenheit, mich ein wenig zu entspannen. Aktuell engagiere ich mich im Beirat der Freizeitmetropole Ruhr / Revierpark, freue mich über die



Wiederherstellung der Saline und hoffe auf die schnelle Umsetzung des Projektes aus dem integrierten Handlungskonzept - 5,5 Millionen dafür, dass der Revierpark attraktiv bleibt/attraktiver wird.

Daniela: Wenn ich diese Frage mal auf den gesamten Stadtteil Meiderich beziehen darf, ist das ganz sicher der Stadtpark!

### **Wie wollt ihr Duisburg zukunftsfähig machen?**

Daniela: Dazu gibt es viel zu erzählen. Beginnend mit der Verbesserung der Schulinfrastruktur, über eine nachhaltige Klima- und Umweltpolitik bis hin zu einer fortschrittlichen Stadtentwicklung unter Einbeziehung der Bürger, die ihre Ideen einbringen sollen. Meinen persönlichen Schwerpunkt möchte ich in der Stadtentwicklung setzen. Konkret für den Wahlkreis Untermeiderich, in dem ich antrete, bietet beispielsweise die ehemalige Sinteranlage ein enormes bisher ungenutztes Potenzial. Diese Fläche für die Bevölkerung zugänglich zu machen und in Richtung eines neuen Stadtparks zu entwickeln ist eine große Zielsetzung für meine Arbeit.

Martina: Das ist ein großes Thema und nicht so leicht zu beantworten, ohne Alltagsplätze zu bedienen. Kurz und knapp: Bildung, Teilhabe und Integration nicht vernachlässigen

und Bedingungen schaffen, die nachhaltig positiv wirken und die Stadt lebenswert und leistungsfähig machen. Schulen gut pflegen und ausstatten, Jugendarbeit fördern und nicht vergessen, dass Jugendeinrichtungen nicht nur unter Corona Orte der außerschulischen Bildung sind.

### **Kommunalpolitikerin zu sein mag zwar ein Vollzeitjob sein, dennoch geht ihr auch einem regulären Job nach. Wie lässt sich diese doppelte Belastung kombinieren und was macht ihr, wenn ausnahmsweise keine Termine anstehen?**

Martina: Da hilft nur ein gutes Zeitmanagement, ein gut geführter Kalender, sowohl digital als auch ganz klassisch auf Papier. Tatsächlich habe ich zwei Teilzeitstellen: eine Stelle mit 15 Wochenstunden Büro und Verwaltung als Geschäftsführung und Verantwortung für vier Jugendzentren, die zweite mit 23 Stunden Gemeindepädagogik für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Dazu kommt noch das Presbyter(Ehren-)amt in meiner Gemeinde und die Mitarbeit in kreiskirchlichen Fachausschüssen. Das funktioniert erstaunlich gut: vier Tage Büro, nachmittags Politik, abends und am Wochenende Gemeinde und Veranstaltungen. Den Montag halte ich mir – so gut es geht – frei. Ich lese viel (auch Fachliteratur), koche und reise gern.

Daniela: Kommunalpolitik ist vor allem erstmal ein Ehrenamt. Seinen Lebensunterhalt kann man damit nicht bestreiten, zumal ein Mandat immer eine Aufgabe auf Zeit ist – bis zur nächsten Wahl. Sein kommunalpolitisches Engagement ist also zunächst mit seinem regulären Job in Einklang zu bringen. Das erfordert ein gewisses Organisationstalent und Zeitmanagement. Man versucht also die Termine, die man flexibel gestalten kann, nach Feierabend oder am Wochenende wahrzunehmen und in meinem Fall so viel wie möglich auch über E-Mail und Telefon zu lösen. Das geht auch immer mal zwischendurch. Ansonsten muss man sich das geschickt in seinen Arbeitsalltag einbauen. Bisher ist mir das meistens ganz gut gelungen. Wenn keine Termine sind? Nun – da nutze ich die Zeit den Akku aufzuladen oder Zeit mit Familie, Freunde und dem Lebenspartner zu verbringen.

### **Was ratet ihr Menschen, die Lust haben, sich kommunalpolitisch zu engagieren?**

Daniela: Eine Meinung haben kann jeder, sich zu engagieren muss man wollen. Soll heißen: Man braucht Geduld und eine sehr hohe Frustrationsgrenze. Manche Entscheidungen dauern lange, nicht alles lässt sich umsetzen und nicht immer gewinnt man für seine Ziele die Mitstreiter, die man braucht.



Dessen sollte man sich im Klaren sein. Politisches Engagement kostet Zeit und manchmal auch Nerven und man braucht auch ein persönliches Umfeld, das damit umgehen kann. „Lust haben“ ist genau die richtige Voraussetzung. Sich nicht entmutigen zu lassen die Herausforderung.

Martina: Wissen wollen, wie Kommunalpolitik funktioniert, ist ein guter Motivator. Oder verstehen wollen, dass Dinge sich nicht von jetzt auf gleich ändern lassen und warum das so ist. Aktive Menschen, die ein gemeinsames Ziel haben und sich für ihr Umfeld einsetzen, unterstützen zu wollen, ebenfalls. Die Mitarbeit im Ortsverein ist zeitlich gut planbar – wenn man mehr tun möchte, als nur auf Missstände hinzuweisen, kann das politische Engagement ein sehr befriedigendes Ehrenamt sein.

**Zum Abschluss nun noch ein paar berühmt-berüchtigte „Entweder-Oder-Fragen“:**

### **Kaffee oder Tee?**

Daniela: Im normalen Alltag immer Kaffee. Tee nur, wenn es der aus meiner Geburtsstadt Papenburg (nördliches Emsland/ Grenze Ostfriesland) quasi

„importiert“ wird. Da ich leider nicht mehr so regelmäßig dort bin um mir meine Lieblingssorte mitzubringen, muss ich mit den Vorräten gut haushalten.

Martina: Kaffee! Von morgens bis zum späten Abend, stark, ohne Schnickschnack. Im Rathaus allerdings eher schwarzen Tee mit Zitrone.

### **Hund oder Katze?**

Daniela: Weder noch. Ein Haustier braucht Zeit und Aufmerksamkeit und sollte nicht den ganzen Tag alleine in einer Wohnung eingesperrt sein. Da mir aber sowohl die Zeit als auch ein Garten fehlt, stellt sich diese Frage für mich nicht.

Martina: Weder noch – ich pflege 5 Nano-Aquarien. Die Fische, Garnelen und Frösche nehmen es mir nicht übel, wenn ich mal vergesse, sie zu füttern.

### **Berge oder Meer?**

Daniela: Hmmm. Am liebsten beides. Wie auf meiner Lieblingsurlaubsinsel Teneriffa. Da habe ich Berge und Meer.

Martina: Mag ich nicht entscheiden... mit meinem Mann in die Berge, mit meiner Tochter ans Meer. In den Bergen fasziniert mich die absolute Stille, am

Meer die Weite.

### **Rhein oder Ruhr?**

Daniela: Die Ruhr bin ich schon von der Quelle bis zur Mündung mit dem Fahrrad abgefahren. Beim Rhein arbeite ich noch daran, alle Rheingebiete zu erkunden.

Martina: Ruhr... ich möchte das sogar noch weiter eingrenzen: Duisburg nördlich der Ruhr. Ich habe manchmal den Eindruck, dass man vom Duisburger Rathaus (Verwaltung und Politik) oder von der Salvatorkirche (evangelischer Kirchenkreis) aus den Duisburger Norden aus dem Blick verliert. Hier scheint die Ruhr natürliche Grenze zu sein. Ich werde nicht müde, auf Duisburg nördlich der Ruhr hinzuweisen.

*Liebe Martina, liebe Daniela, herzlichen Dank für Eure Zeit und viel Erfolg bei Euren Kandidaturen!*



## Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

### **„Bundesregierung muss endlich Hand in Hand mit der deutschen Stahlindustrie gehen!“**

Duisburg, 06.07.2020 – Die Bundesregierung hat unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) ein „Handlungskonzept Stahl“ mit wichtigen Meilensteinen erarbeitet. „Ein Konzept in der Schublade hilft jedoch niemandem. Was die deutsche und europäische Stahlindustrie jetzt brauchen, sind Taten und konkrete Handlungen“, so der Duisburger SPD-Abgeordnete Mahmut Özdemir.

Özdemir thematisierte die Situation des Stahls in der Fragestunde des Deutschen Bundestages. Der Abgeordnete, in dessen Wahlkreis der größte Stahlstandort Europas liegt, wollte von der Bundesregierung wissen, welche Maßnahmen sie ergreift, um die Stahlbranche vor übertriebenen Umweltschutzanforderungen und billiger Konkurrenz aus China zu schützen: „Mir reichte es einfach. Ich möchte keine Reden mehr hören, sondern Taten sehen. Während wir hier mit höchstem Umweltstandard Stahl produzieren, die Abgase verwenden um

Strom herzustellen und aus der Stromproduktion die Abwärme für Heizungen nutzen, laufen in ganz Europa alte Schätzchen weiter. Und Peter Altmaier als Bundeswirtschaftsminister schaut dabei zu“, so Özdemir.

Der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete fordert die Bundesregierung auf, im europäischen Wettbewerb im Rahmen der CO<sub>2</sub>-Emissionshandelsperiode so zu verhandeln, dass die umweltschädlichen Stahlwerke vom Netz genommen werden und der European Green Deal mehr als nur ein Lippenbekenntnis wird. China-Stahl sei nicht per se zu verteufeln. Solange jedoch der Arbeitsschutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter den Teppich gekehrt und die massive Staatsfinanzierung im China-Stahl „eingekocht“ werde, dürfe der Stahl aus China nicht auf unsere Märkte gelassen werden.

Özdemir warnt auch dringend davor, wichtige Bauprojekte mit billigem und minderwertigem

Stahl auszustatten. Wer die A40 Brücke mit China-Stahl baut, werde den Wählerinnen und Wählern in spätestens zehn Jahren erklären müssen, warum gutes Steuerzahlergeld verbrannt wurde.

„Das Land NRW und der Bund müssen endlich aus ihren Fehlern lernen und sich dafür einsetzen, dass unser Duisburger Qualitätsstahl dem mangelhaften Ersatz aus dem Ausland vorgezogen wird. Das ist nicht nur aus sozialer und ökologischer, sondern langfristig auch aus ökonomischer Sicht folgerichtig. Die Leverkusener Rheinbrücke ist hier ein Paradebeispiel für falsche Entscheidungen, denn nur selten ist billiger auch besser“, äußert sich Özdemir.

Zusammen mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich Mahmut Özdemir daher dafür ein, dass die deutsche Stahlindustrie auf ihrem Weg zu einer langfristig starken, international wettbewerbsfähigen Branche die nötige Unterstützung



durch die Bundesregierung erhält. Dazu gehört es, sie vor „massiven Überkapazitäten aus China zu schützen, die mit subventioniertem und unter fragwürdigen Umweltbedingungen

hergestelltem Stahl in Konkurrenz zum deutschen Stahl treten. Es ist daher nur folgerichtig, die Importquoten von Stahl aus Drittländern zu verringern und die Zölle zu erhöhen. Nur so

kann die Chancengleichheit auf dem globalen Stahlmarkt wiederhergestellt werden“, erklärt Mahmut Özdemir abschließend.

## DGB und Ruhr-SPD-MdB setzen Ruhrgebiets-Dialog fort

Duisburg, 30.07.2020 – DGB und Ruhr-SPD-MdB setzen Ruhrgebiets-Dialog fort

Die DGB-Regionsgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer des Ruhrgebietes und die Ruhr-SPD-MdB haben sich am 28. Juli im Gewerkschaftshaus Essen zur Fortsetzung ihres Ruhrgebiets-Dialogs getroffen.



Angelika Wagner (Foto: DGB)

Beim Auftakt dieses Gesprächsformates am 7. Januar 2020 hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine Verstärkung verständigt, die jetzt mit diesem Treffen vorangetrieben wird. Bei diesem Ruhrgebiets-Dialog standen u.a. die aktuelle Situation in der Fleischindustrie, bei Karstadt & Kaufhof, die Lage

des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes während der Corona-Pandemie, die Kommunalfinanzen, der Kohleausstieg, die industriellen Potenziale des Ruhrgebietes z.B. von Stahl, Metallverarbeitung und Chemie mit Wasserstoff sowie die Zukunft der EU-Strukturförderung auf der Tagesordnung.

"Der Austausch zwischen Gewerkschaften und den SPD-Bundestagsabgeordneten hat gerade für das Ruhrgebiet eine besondere Bedeutung. Die Notwendigkeit, den Strukturwandel an Rhein und Ruhr dynamisch voranzutreiben und zu gestalten, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Kommunen finanziell zu entlasten, trifft außerhalb Nordrhein-Westfalens und oft auch schon außerhalb des Ruhrgebietes auf Verständnisprobleme", so die Geschäftsführerin der DGB-Region Niederrhein Angelika Wagner.

Für den SPD- Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir ist klar: "In diesen Zeiten zeigt sich

besonders deutlich, wie wichtig die Regierungsarbeit der SPD ist - zum Beispiel bei der Kurzarbeit, bei der industriellen Transformation mit dem Kohleausstieg und beim Thema Ausbildung. Wir werden die großen Herausforderungen für das



MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir

Ruhrgebiet auch weiterhin gemeinsam und solidarisch anpacken. Für die Stahlindustrie zeigen wir mit dem für Dezember 2020 geplanten zweiten Nationalen Stahlgipfel in Duisburg bereits, wie ein zukünftiger gemeinsamer Austausch gestaltet werden kann."

SPD-Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas ergänzt: "Der DGB und die SPD-Bundestagsabgeordneten des Ruhrgebiets sind



Nr. 19 – August 2020

# MEINE MACHtMUT



sich einig, dass das Ruhrgebiet gestärkt aus der Corona-Pandemie hervorgehen kann. Die Diskussion mit den Gewerkschaften gibt uns wichtige Impulse für unsere Arbeit in den Wahlkreisen und im Deutschen Bundestag. Wir werden den Ruhrgebiets-Dialog zeitnah fortsetzen, denn wir müssen im engen Austausch bleiben."

Die Duisburger Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir und Bärbel Bas konnten dieses

Mal bedauerlicherweise nicht anwesend sein, stehen aber fortlaufend in engem Austausch mit der Geschäftsführerin der DGB-Region Niederrhein, Angelika Wagner.

Auf DGB-Seite waren dabei: Regionsgeschäftsführerin Angelika Wagner (Region Niederrhein), Mark Rosendahl (Region Emscher-Lippe), Gastgeber Dieter Hillebrandt (Region Mülheim-Essen-Oberhausen) sowie Clemens Bien (Region

Ruhr-Mark) und Klaus Waschulewski (Region Dortmund-Hellweg). Die Ruhr-SPD-MdB waren mit folgenden Abgeordneten vertreten: Sabine Poschmann, Dirk Heidenblut, Arno Klare, Michael Groß, René Röschel, Axel Schäfer und Markus Töns.



## Özdemir on Tour

*Eindrücke aus den Terminen des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir*



**10.05.2020**

Mit Daniela Stürmann und Peter Hoppe bei der Rosenverteilung des OV Meiderich zum Muttertag



**20.05.2020**

Übergabe der von mir vermittelten Maskenspende von Bora Erdogan (BAE-Protection /Fino) und Sebastian Clasen (Carsultant) an die Kinderklinik des Helios Klinikum St. Johannes Duisburg (Dr. Peter Seiffert und Monika Scharmach)



**29.05.2020**

Digitaler Austausch mit OB Sören Link, Finanzdezernent Martin Murrack, Sportdezernent Dr. Ralf Krumpholz, NutzerInnen der Glückauf-Halle (GAH) (sowie telefonisch Hans-Gerd Bosch und Joachim Paschmann) zur aktuellen Nutzung der Halle in Homberg/Hochheide.



**05.06.2020**

Beim Spatenstich für den aus Bundesmitteln geförderten neuen Kunstrasenplatz der Sportfreunde Hamborn 07 e.V.. Mit dabei waren Ratsfrau Martina Herrmann und Christopher Hagenacker, Fraktionsvorsitzender der SPD Hamborn



**08.06.2020**

Ein bisschen sporteln beim Sponsoren-Treffen für den Boxclub Schwarz-Weiß Westende Hamborn e.V. Ratsherr Muhammet Keteci, Christopher Hagenacker und ich konnten erfolgreich das Sportausrüstungs-Sponsoring durch den TIAD e.V. vermitteln



**13.06.2020**

Rote Grüße von Ratsfrau Edeltraud Klabuhn und mir: 86 Geranien für die 86 BewohnerInnen des DRK Seniorenzentrum Haus am Sandberg, gepflanzt mit GenossInnen vom OV Homberg/Ruhrort/Baerl



**20.06.2020**

Wie immer in Wahlkampfstimmung! Mit dem OV Homberg/Ruhrort/Baerl beim Infostand auf der Moerser Straße in Hochheide – während Corona inklusive Maske und Desinfektionsspray



**22.06.2020**

Gemeinsam mit Ingo Wald, dem Präsidenten des MSV Duisburg, sprach ich live auf Facebook über Fußball, den MSV und Politik



**25.06.2020**

Unter meiner Schirmherrschaft fand das „1. Beecker Hofkonzert für ein generationengerechtes Miteinander“ bei der Evangelischen Altenhilfe Beeck statt. SchülerInnen der Theodor-König-Gesamtschule musizierten für die BewohnerInnen



**27.06.2020**

Sonnencreme- und Wasserball-Verteilaktion vor dem Allwetterbad Walsum und dem Kombibad Homberg



**06.07.2020**

Dreck-Weg-Aktion der Jusos Duisburg am Kaiserberg in Duissern. Unterwegs mit Ratskandidat Anas Nafie und dem stellv. Juso-Vorsitzenden Sven Engert



**28.07.2020**

Beim Bearbeiten der digitalen Postmappe aus meinem Berliner Büro im heimischen Garten in Homberg

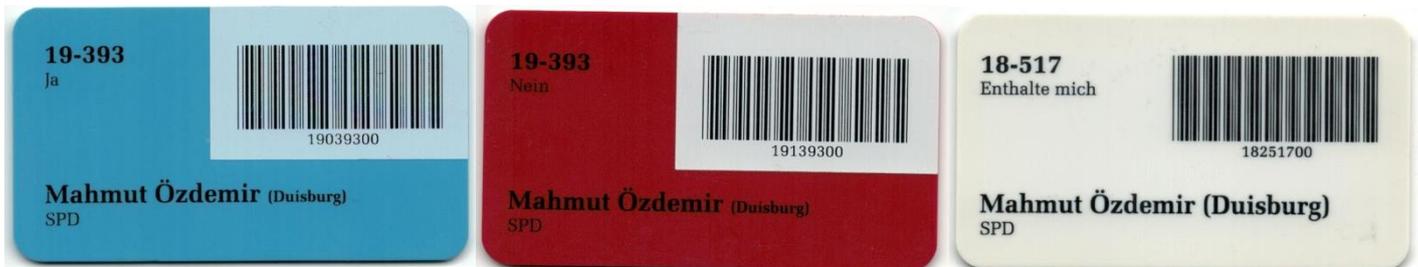


## Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

**01. Juli 2020**

Ruben Gerczikow, Vorsitzender Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD)



## Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat. Die Übersicht aller namentlichen Abstimmungen sowie dazugehörige Drucksachen finden Sie auch [hier](#) auf der Internetseite des Deutschen Bundestages.

<b>07.05.2020</b>	<b>Bundeswehreinsatz EUNAVFOR MED IRINI</b> Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten militärischen Krisenbewältigungsoperation im Mittelmeer EUNAVFOR MED IRINI - Drucksache 19/18734 und 19/18951 -	Ja
<b>14.05.2020</b>	<b>Änderungsantrag 19/19221 zu Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite</b> Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite - Drucksachen 19/18967, 19/19216 und Drucksache 19/19221 -	Nein
<b>14.05.2020</b>	<b>Beschlussempfehlung 19/19204 zu Corona-Aufschlag in der Grundversicherung das Existenzminimum sichern</b> Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mit einem Corona-Aufschlag in der Grundversicherung das Existenzminimum sichern - Drucksachen 19/18705 und 19/19204 -	Ja
<b>14.05.2020</b>	<b>Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite</b> Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite - Drucksachen 19/18967 und 19/19216 -	Ja



14.05.2020	<b>Bereitstellung des ESM-Instruments ECCL Pandemic Crisis Support</b>	Ja
	Antrag des Bundesministers der Finanzen - Bereitstellung des ESM-Instruments ECCL Pandemic Crisis Support (PCSI); Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Abs. 1 ESMFinanzierungsgesetz (ESMFinG)	
	- Drucksache 19/19110 -	
27.05.2020	<b>Bundeswehreinsatz Operation ATALANTA (Beschlussempfehlung)</b>	Ja
	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung - Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias	
	- Drucksachen 19/18866 und 19/19196 -	
29.05.2020	<b>Bundeswehreinsatzes EUTM Mali (Beschlussempfehlung)</b>	Ja
	Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)	
	- Drucksachen 19/19002 und 19/19583 -	
29.05.2020	<b>Bundeswehreinsatzes in Mali (MINUSMA) (Beschlussempfehlung)</b>	Ja
	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zum Antrag der Bundesregierung: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)	
	- Drucksachen 19/19004 und 19/19585 -	
17.06.2020	<b>Bundeswehr im Kosovo (KFOR) (Beschlussempfehlung)</b>	Ja
	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung - Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR)	
	- Drucksachen 19/19001 und 19/19587 -	
17.06.2020	<b>Bundeswehreinsatz Libanon (UNIFIL) (Beschlussempfehlung)</b>	Ja
	Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung - Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL)	
	- Drucksachen 19/19003 und 19/19588 -	
18.06.2020	<b>Europäische Arbeitnehmerentsendung</b>	Ja
	Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen	
	- Drucksachen 19/19371 und 19/20145 -	



<b>19.06.2020</b>	<b>Verbot der Antifa (Beschlussempfehlung)</b>	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD - Antiextremistischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft - Rechtsstaat und Demokratie schützen - Antifa ächten	Ja
		- Drucksachen 19/13521 und 19/17197 -	
<b>02.07.2020</b>	<b>Corona-Konjunkturpaket (Beschlussempfehlung 19/20716)</b>	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Beschluss des Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes	Ja
		- Drucksachen 19/20128 und 19/20716 -	
<b>02.07.2020</b>	<b>Corona-Konjunkturpaket (Entschließungsantrag 19/20739)</b>	Entschließungsantrag der Fraktion der AfD zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020) und zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Gesetzes über begleitende Maßnahmen zur Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets und zu der Beratung der Beschlussempfehlung und des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Beschluss des Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes	Nein
		- Drucksachen 19/2000, 19/20600, 19/20057, 19/20717, 19/20128, 19/20716 und 19/20739 -	
<b>03.07.2020</b>	<b>Kohleausstiegsgesetz (Änderungsantrag 19/20730)</b>	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung. - Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz)	
		- Drucksachen 19/17342, 19/18472, 19/18779 Nr. 1.13, 19/20714 (neu) und 19/20730 -	
<b>03.07.2020</b>	<b>Bundeswahlgesetz (Geschäftsordnungsantrag)</b>	Geschäftsordnungsantrag der Fraktionen der FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gemäß §§ 80 Abs. 2 S. 1 und 2 i.V.m. 20 Abs. 2 S. 3 der Geschäftsordnung über den sofortigen Eintritt in die zweite Beratung - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes	Nein
		- Drucksache 19/14672 -	